

Stellungnahme



zum Landesprogramm „Geförderte Beschäftigung und Soziale Stadtentwicklung“ in der Stadt Bremen

**Verband
arbeitsmarktpolitischer
Dienstleister in Bremen e.V.**
Stavendamm 8
28195 Bremen

Auf der heutigen Sitzung der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit lag der Fördervorschlag der bremer arbeit gmbh zum Landesprogramm „Geförderte Beschäftigung und soziale Stadtentwicklung“ zur Bewilligung vor. Das Landesprogramm wird mit insgesamt 562 sozialversicherungspflichtige AGH-E Stellen und 165 InJobs in der Stadt Bremen umgesetzt.

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

- Wir begrüßen die Entscheidung der Deputation, dass dem Fördervorschlag in der vorliegenden Form zugestimmt wurde. Eine Reduzierung der Stellen im Landesprogramm wäre nicht zielführend im Hinblick auf den Erhalt von öffentlich geförderter Beschäftigung in Bremen - andernfalls wäre vielen bewährten Projekten die Existenzgrundlage entzogen worden. Die Umsetzung kann wegen der Kürzungen der Eingliederungsleistungen in Arbeit im SGB II aber nur erfolgen, da es gelungen ist mit allen relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteuren (Trägern, Senatorin für Arbeit, BAglS, bremer arbeit gmbh) eine Gesamtbetrachtung des 2. Arbeitsmarkts in Bremen sowohl der sozialversicherungspflichtigen als auch der nichtsozialversicherungspflichtigen Plätze zu vereinbaren. Dabei wurde unserem Vorschlag, dass trägerspezifische Einsparungen durch die betroffenen Träger selbst entwickelt und umgesetzt werden, zugestimmt. Auf Grundlage der individuellen Bedarfslage muss dabei jeder Träger eine Sparquote, die durch das von der Bundesregierung verabschiedete Sparpaket vorgegeben ist, von 23% erbringen. Insgesamt ist dabei die Zusammenarbeit der Beteiligten in dieser für Alle schwierigen und von extremem Zeitdruck geprägten Situation, konstruktiv und ergebnisorientiert.

Gegenwärtig werden in Bremen etwa 3900 Arbeitsplätze im 2. Arbeitsmarkt gefördert, davon sind ungefähr 2900 Arbeitsmöglichkeiten in der Mehraufwandsvariante (1 € Jobs). Die

Beschäftigungsträger leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Integration und gesellschaftlichen Partizipation von langzeitarbeitslosen Menschen, die vielfach mittel- bis langfristig keine Perspektive auf dem 1. Arbeitsmarkt haben. Diese Maßnahmen dienen dabei der Erhaltung bzw. dem Wiederaufbau der Beschäftigungsfähigkeit, und sollen das brachliegende Arbeitsvermögen zum Nutzen der Kommune aktivieren sowie gemeinwohlorientierte Arbeiten ausführen.

Die Projektträger finanzieren sich über verschiedene Fördermittel unterschiedlicher Herkunft (Kommunale-, Landes-, und Bundesmittel sowie Mittel der europäischen Strukturfonds). Ein Teil davon ist das heute verabschiedete Landesprogramm „Geförderte Beschäftigung und Soziale Stadtentwicklung“. Der jetzt vorliegende Fördervorschlag beinhaltet eine Reduzierung des von der Deputation über den ESF bereitgestellten Förderrahmens um etwa 20 %. Dies ist eine Konsequenz aus der Reduzierung der Eingliederungsmittel der BAgIS durch die Bundesregierung, da zu spät erkannt wurde, dass die Fokussierung des Landesregierung auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die hohen Mittelbindungen von laufenden Maßnahmen hohen Druck auf das gesamte Arbeitsmarktprogramm ausüben wird. Die Folge wäre ein überproportionaler Abbau der InJobs, die integraler Bestandteil der vorgeschlagenen Projekte sind und die Kernstrukturen der Träger absichern. Damit wären bis zum Jahresende beinahe alle Träger von Insolvenz bedroht.

Wir haben in der öffentlichen Debatte für den Erhalt der Projekte geworben und zusätzliche Landesmittel in Höhe von 5 Mio. € gefordert. Diese Forderung wird von der Regierungskoalition in Bremen zurückgewiesen, weil die Bremer Landesregierung nicht für die Sparbeschlüsse der Schwarz-Gelben Bundesregierung verantwortlich ist und unter dem Eindruck des gegenwärtigen Landeshaushalts keine Mittel zur Verfügung stellen will.

Dazu stellen wir fest: Ohne die Kürzung aus Berlin wäre die jetzige Notsituation nicht entstanden, aber die Politik des Ressorts Arbeit ist für die jetzt entstandene Situation mitverantwortlich – denn der Eingliederungstitel der BAgIS wird durch die fachlich nicht gerechtfertigte und bundesweit einmalige Schwerpunktsetzung auf sozialversicherungspflichtige Stellen zusätzlich belastet.

Auf folgender Grundlage vollziehen wir nun die Kürzungen: Oberste Maxime ist der Erhalt möglichst aller 3900 Plätze bis Ende 2011 bei Realisierung der nötigen vom Bundeshaushalt vorgegebenen Mittelreduzierung im Arbeitsmarktprogramm der BAgIS. Dies gelingt durch vertretbaren Qualitätsabbau, sinnvolles Umsteuern teurer Projekte in mehr auf Arbeit orientierte Strukturen und durch eine Verminderung der Verbindungen, indem in bereits

bewilligten Projekten die nötigen Veränderungen selbst vorgenommen werden. Im Gegenzug haben wir eine Aussetzung der InJob-Wettbewerbsverfahren der BAgIS zugunsten einer sachorientierten trägerbezogenen einvernehmlichen Steuerung angeregt und erhoffen uns so ein Moratorium für 2011.

Weiterhin fordern wir:

- Einen eigenen Haushaltstitel in der Arbeitsmarktförderung in Bremen, denn nur mit eigenen Landesmitteln hat das Land eine eigene Steuerungshoheit. Diese Forderung ist umso dringlicher, da die Kürzungen im EGT in den Jahren 2012 und 2013 weitergehen werden und eine Fortsetzung der ESF-Förderung ab 2014 fragwürdig ist.
- Wir wollen klare Rahmenbedingungen der zukünftigen Arbeitsmarktpolitik in Bremen und eine Perspektive für die 14.000 langzeitarbeitslosen Menschen, deren Bestand sich trotz konjunkturellen Aufschwungs stabilisiert. Hierzu regen wir auch Ressort-übergreifende Lösungen an, da sowohl die Ressorts Bildung und Wissenschaft, Bau, Umwelt und Verkehr sowie Kultur und Justiz von unseren Maßnahmen profitieren.

Bremen, den 16.12.2010

Für Rückfragen:

Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen e.V.

Kai-Ole Hausen

Stavendamm 8

28195 Bremen

Tel.: 0421 37 87 75 35

Fax: 0421 37 87 75 99

E-Mail: hausen@vadib.de